

2637/J XXI.GP
Eingelangt am:04.07.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Oberhaidinger
und GenossInnen
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
**betreffend die arbeitsmarkt - und sozialpolitischen Auswirkungen der Liberalisierung
des Energiesektors für die ArbeitnehmerInnen**

Vor einigen Jahren hat die EU die Liberalisierung des Energiesektors eingeleitet. Diese verläuft in Österreich in mehreren Etappen, wobei ab 1 Oktober 2001 die volle Marktöffnung für Strom gilt.

Abgesehen von den Vorteilen einer Liberalisierung zeitigen diese Prozesse aber auch negative arbeitsmarkt - und sozialpolitische Auswirkungen für die ArbeitnehmerInnen des Energiesektors. Dazu zählen in erster Linie Kündigungen, Verschlechterungen bei den Gehältern durch Änderungskündigungen, kollektivvertragliche Änderungen im Zusammenhang mit Ausgliederungen, Streichung von freiwilligen Sozialleistungen usw. Gewerkschaften gehen davon aus, dass in den nächsten fünf Jahren ein weiterer Abbau von Jobs im Ausmaß von bis zu einem Viertel der Beschäftigten dieser Branche erfolgen wird. Seitens der Regierung sind bis dato nicht nur keine konkreten Schritte zur Abfederung von negativen arbeitsmarkt - und sozialpolitischen Konsequenzen für die betroffenen ArbeitnehmerInnen gesetzt worden. Im Gegenteil: durch das Privatisierungscredo der Regierung werden diese Tendenzen sogar noch verschärft.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit folgende

Anfrage:

1. Die Liberalisierung des Strommarktes hat für die Beschäftigten dieser Branche eine Reihe von negativen Folgewirkungen gezeitigt. Verfügen Sie als Arbeitsminister über Pläne zur

Unterstützung des Strukturwandels im Interesse der davon betroffenen ArbeitnehmerInnen?

2. Wenn ja, welche Inhalte und konkreten Maßnahmen umfassen diese Pläne?
3. Angesichts des beträchtlichen Abbaus von Arbeitsplätzen auch bei Unternehmen mit hohen Gewinnen (z.B. der OMV) ist v.a. von Unternehmen mit einer Bundesbeteiligung eine offensive Beschäftigungspolitik einzufordern. Verfolgt Ihr Ressort bei derartigen Unternehmen Strategien zur Förderung einer offensiven Beschäftigungspolitik oder überlassen Sie diesen wichtigen Aspekt dem freien Spiel der Marktkräfte?
4. Wenn ja, wie sind die Strategien konkret ausgestaltet?
5. Die Liberalisierung des Energiesektors bietet auch eine Reihe von neuen Beschäftigungsmöglichkeiten u.a. in den Bereichen Marketing, Handel, Service, Informationstechnologie und Vertragsmanagement. Haben Sie zur Unterstützung von ArbeitnehmerInnen des Energiesektors bei der Nutzung neuer beruflicher Chancen konkrete Schritte geplant bzw. eingeleitet?
6. Wenn ja, welche?
7. Die Regierung, insbesondere Bundeskanzler Schüssel, drängt auf eine Angleichung des tatsächlichen Pensionsanfallsalters mit dem gesetzlichen Pensionsanfallsalter. Der Abbau älterer ArbeitnehmerInnen steht in krassem Gegensatz dazu. Verfügen Sie als Arbeitsminister über konkrete Pläne, wie der Abbau älterer ArbeitnehmerInnen im Zuge der Liberalisierung des Energiesektors vermieden werden kann?